

Herbert Vytiska

Plötzlich ist in Österreich das eingetreten, was Pessimisten nach der deutschen Bundestagswahl für die Alpenrepublik befürchteten, nämlich „deutsche Verhältnisse“. Was sie damals nicht wissen konnten, war, dass diese auch noch spiegelverkehrt, also mit einem sozialdemokratischen Stimmenvorsprung, ausfallen sollten.

Österreich steht nach einer über sechsjährigen Regierungszeit von Wolfgang Schüssel hervorragend da: Wichtige Reformen – wie etwa im Sozialbereich, bei der Privatisierung – waren angegangen und durchgezogen worden. Die Zahl der Beschäftigten war so hoch wie nie zuvor, die Arbeitslosenrate im Vergleich zur EU relativ niedrig. Das Land gehörte zu den echten Gewinnern der EU-Osterweiterung, der Staatshaushalt war konsolidiert, die Wirtschaft florierte, die Bevölkerung zählte zu den reichsten Europas. In den Meinungsumfragen war die ÖVP seit Monaten unbestritten die Nummer eins, und Wolfgang Schüssel schlug sein Gegenüber Alfred Gusenbauer in der Frage der Kanzlerdirektwahl um Längen.

Dazu kam, dass die SPÖ schon im Frühjahr schwer ins Trudeln gekommen war, nachdem das rote Flaggschiff, die Gewerkschaftsbank BAWAG (Bank für Arbeit und Wirtschaft), durch dubiose Geschäfte plötzlich am Rand eines Konkurses stand, der Gewerkschaftsbund nur durch eine von Schüssel verordnete Staatshilfe am Vorabend des 1. Mai 2006 vor dem finanziellen Zusammenbruch gerettet werden konnte, der Präsident des

österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und führende SPÖ-Sozialpartner Fritz Verzetnitsch seinen Hut nehmen musste und der Verdacht der SPÖ-Parteifinanzierung über BAWAG-Kanäle im Raum hing, der durch das bekannt gewordene Honorar in der Höhe von (damals) einer Million Schilling an Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky kräftig Nahrung erhielt.

Überraschende Trendwende

Wie konnte es daher zum sprichwörtlichen „Blitz aus heiterem Himmel“ kommen? An dieser Stelle muss man zunächst daran erinnern, dass die ÖVP bis vor dem Auffliegen des BAWAG-Skandales im Frühjahr 2006 in allen Umfragen hinter der SPÖ lag (nur Schüssel hatte immer gute Persönlichkeitswerte) und erst durch diesen Skandal im „urroten Einflussbereich“ nach vorne katapultiert wurde. Dass dieser „Mega-Skandal im SPÖ-Sumpf“ nicht mehr wahl ausschlaggebend war, macht aber nur deutlich, dass es offenbar Mängel bei der Kampagnisierung gegeben hat.

Die Trendwende vollzog sich in den letzten Tagen vor dem Urnengang. Aus einem etwa dreiprozentigen Vorsprung der Volkspartei wurde plötzlich ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Viele bislang unentschiedene Wähler entschlossen sich, diesmal der Volkspartei nicht ihre Stimme zu geben, beziehungsweise blieben dem Urnengang vollständig fern. Man wollte die Regierungspartei abmahnen. Die Aufspaltung der FPÖ in einen Strache-folgsamen sowie einen Haider-treuen (Bündnis

Zukunft Österreich – BZÖ genannten) Flügel brachte dem sogenannten freiheitlichen Lager trotz unappetitlicher öffentlicher Streitereien insgesamt noch beachtliche Stimmenzuwächse, wahrscheinlich eine Folge der besonders ausländerkritischen Sprüche. Die Grünen – Hoffnungsträger für eine Koalition mit der ÖVP – schienen manchen Wählern zu sehr auf Regierungsbeteiligung fixiert und blieben hinter den hochgesteckten Erwartungen zurück. Was sie in der Endabrechnung allerdings auch als Koalitionspartner der SPÖ aus dem Spiel brachte.

Defizite im Wahlkampf

Welche Schlüsse lassen sich nun aus der überraschenden und vor allem überraschend hohen Niederlage der ÖVP ziehen?

Erstens: Die Schlagzeilen in den Medien, wonach die Volkspartei unbestritten als Erste in die Zielgerade gehen würde und der Bundeskanzler klarer Favorit für den Posten des Bundeskanzlers sei, ließen Landes- und Teilorganisationen in ihrem Bemühen erlahmen, für die Volkspartei um jeden Wähler bis knapp vor dem Urnengang zu kämpfen. Das Zitat eines Landespolitikers, angesprochen auf die matten Landesaktivitäten, wonach die „Verantwortung ja beim Bund und nicht beim Land gelegen wäre“, spricht Bände.

Zweitens: Die ÖVP setzte in ihrer Werbung fast ausschließlich auf die Erfolge der letzten Jahre, das Ansehen Österreichs in der Welt und die hervorragende Wirtschaftslage. Auf die Negativkampagne der SPÖ („der Kanzler lügt“) wurde zu spät, zu lahm reagiert.

Drittens: Die ÖVP führte – wie es ein auch in Europa bekannter Abgeordneter spitz formulierte – einen Wahlkampf, der aus einer „One-Man-Show mit einem Kabinett von Leibeigenen“ bestand. Gemeint war damit, dass die Ministerriege nicht nur sehr im Hintergrund gehalten

wurde, sondern sich auch während der Regierungszeit der Führungsvorgabe durch den Bundeskanzler und seinen Stab total unterzuordnen hatte.

Viertens: Noch eine andere Seite des Wahlkampfes verdient nachträgliche Kritik. Durch die Konzentration auf die Gegenwart, das „Wohlfühl“-Thema – „Österreich ist schön, hier lebt sich’s gut“ –, vergaß man, an die Zukunft zu denken. Der Wähler vermisste klare, neue Zielvorgaben. Und auf diese Zielvorgaben durch die Politik wartete der Wähler bei der ÖVP weitgehend vergebens, sieht man vom Versprechen einer Steuerreform für 2008 ab.

Fünftens: Die Konzentration auf das Erreichte ließ die ÖVP-Werber vergessen, dass so manche der groß gepriesenen Reformen auch Probleme mit sich gebracht hatten, die man allzu nonchalant unter den Teppich zu kehren versuchte. Dass österreichische Unternehmen heute in Mittelsüdosteuropa eine führende Position einnehmen und satte Gewinne schreiben, berührt etwa einen Rentner, der plötzlich finanzielle Einbußen aufgrund der durchaus richtigen, aber in manchen Bereichen nicht wirklich sozial verträglichen Rentenreform hinnehmen musste, sehr wenig. Und es war Schüssel selbst, der, obwohl selbst aus bescheidenen Familienverhältnissen stammend, bei solchen Fällen es nicht wirklich verstand, „soziale Wärme“ zu vermitteln.

Sechstens: So manche „Zeichen an der Wand“, die sich im Laufe der Zeit angesammelt hatten, wurden bagatellisiert. Das gilt für den Verlust von zwei Bundesländern, nämlich Salzburg und der Steiermark, an die SPÖ. In beiden Fällen waren die Niederlagen vorhersehbar und wären auch vermeidbar gewesen, hätte man rechtzeitig eingegriffen. Das Desaster um die Wahl der neuen ORF-Führung war zwar nicht wahlentscheidend, aber dass man sehenden Auges mit dem Festhalten an der Generaldirektorin Monika Lindner

auf eine abwendbare Niederlage zusteuernde, brachte auf ÖVP-Seite in einer heiklen Phase des Wahlkampfes das Stimmungsbarmeter zum Einfrieren.

Wie so oft vergessen Parteien, wenn sie an der Macht sind, die Parteilarbeit – bei aller Notwendigkeit, die Arbeit in der Regierung und im Parlament zu bündeln: Die Konzeption der politischen Zukunftsthemen, die Organisation der politischen Bewegung geschieht noch immer in den Parteihauptquartieren. Darauf wird sich die ÖVP nun wieder konzentrieren müssen. Die Gefahr, dass man, weil der Wähler nur für eine Regierungsoption klar votiert hat, nämlich die sogenannte „Große Koalition“, sich an den bloßen Machterhalt klammert, ist nicht von der Hand zu weisen. Nicht wenige in der ÖVP können sich daher auch recht gut vorstellen, dass man von der Oppositionsbank aus zuseht, wie sich die SPÖ in einer Minderheitsregierung mit den Grünen und der Unterstützung durch die FPÖ abmüht und aufreißt. Dazu bedarf es aber einer erstarkten Partei.

Neue politische Zielrichtungen

Das Wahlergebnis zeigt die Richtungen bereits auf, in die die Reformarbeit zielen muss.

In keiner Landeshauptstadt gibt es noch eine absolute Mehrheit der SPÖ – dass auch beim Wahl-„Sieger“ durchweg ein Minus vor dem Ergebnis herauskam, ging in der Berichterstattung beinahe un-

ter. Aus den Arbeiter-Städten sind Bildungsbürger-Städte geworden. Das Parteienschicksal wird also mehr denn je in den Städten entschieden, daher muss sich die ÖVP einer neuen Stadtpolitik verschreiben, um die Wähler besser anzusprechen.

Durch die Personalisierung der Wahlkämpfe wirkten die programmatischen Profile der Großparteien zunehmend verschwommen. Heiklen Fragen – wie etwa dem Ausländerthema – weicht man aus, bei Grundsatzpositionen – etwa ob homosexuelle Paare auch Kinder adoptieren dürfen – geht man klaren Antworten aus dem Weg, um sich nicht dem Vorwurf mangelnder Liberalität auszusetzen. Als Christdemokrat hätte man sich etwa im Zuge der aufgeflamten Islam-Diskussion auch klarer hinter den Papst stellen dürfen.

Bei den Rentnern, den Arbeitern und Angestellten hat es für die ÖVP herbe Verluste gegeben; dass die ÖVP dagegen bei den jüngeren Wählerschichten vorne lag, zeigt, dass die linke Kritik am Bildungssystem nicht unbedingt das große Thema war. Die ÖVP ist in den letzten Jahren einfach zu sehr als Wirtschaftspartei wahrgenommen worden. Dabei ist unbestritten, dass erst eine gute Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen für eine starke Sozialpolitik schafft. Die ÖVP muss, um wieder Mehrheiten zurückzugewinnen, sich vor allem ein neues Arbeitnehmerprofil zulegen.

Europäische Wechselbäder

„Politische Herbstböen knicken Bäume und verstopfen Durchfahrtswege in Europa. Schweden wählt klar bürgerlich, Österreich eher zufällig links. In beiden Ländern ging es gegen eine Regierung, die auf den ersten Blick und im europäischen Vergleich ihre Sache so schlecht nicht gemacht hatte. Italien firmiert unter einer wackeligen Linksallianz, seit Berlusconi abgewählt wurde. [...] Dies alles scheint der zurzeit instabilen allgemeinen Stimmung zu entsprechen, die abseits von einem vagen Grundkonsens keine klaren politischen Präferenzen spiegelt und kaum Orientierungspunkte bietet.“

Hansrudolf Kamer am 17. Oktober in der *Neuen Zürcher Zeitung*